

Bezugspreis:

Bezugspreis: Einzelhefte 6 Pf. monatlich 2 Mk. 20 Pf. ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Normalzeile kostet 10 Pf. ...

Vormärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 7. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die erste Sitzung in Weimar.

Der große geschichtliche Tag hat in Berlin keinen Raum gefunden. Weimar hat ihn nun erlebt.

Der große geschichtliche Tag hat in Berlin keinen Raum gefunden. Weimar hat ihn nun erlebt.

Der große geschichtliche Tag hat in Berlin keinen Raum gefunden. Weimar hat ihn nun erlebt.

Der große geschichtliche Tag hat in Berlin keinen Raum gefunden. Weimar hat ihn nun erlebt.

Der große geschichtliche Tag hat in Berlin keinen Raum gefunden. Weimar hat ihn nun erlebt.

Eberts Rede.

Weimar, Nationaltheater, Donnerstag, den 6. Februar 1919, 9 Uhr nachmittags.

Der Sitzungssaal ist schon vor der Eröffnung voll besetzt.

Der Sitzungssaal ist schon vor der Eröffnung voll besetzt.

Der Sitzungssaal ist schon vor der Eröffnung voll besetzt.

Der Sitzungssaal ist schon vor der Eröffnung voll besetzt.

Der große geschichtliche Tag hat in Berlin keinen Raum gefunden. Weimar hat ihn nun erlebt.

Der große geschichtliche Tag hat in Berlin keinen Raum gefunden. Weimar hat ihn nun erlebt.

Der große geschichtliche Tag hat in Berlin keinen Raum gefunden. Weimar hat ihn nun erlebt.

Der große geschichtliche Tag hat in Berlin keinen Raum gefunden. Weimar hat ihn nun erlebt.

Der große geschichtliche Tag hat in Berlin keinen Raum gefunden. Weimar hat ihn nun erlebt.

Der große geschichtliche Tag hat in Berlin keinen Raum gefunden. Weimar hat ihn nun erlebt.

Der große geschichtliche Tag hat in Berlin keinen Raum gefunden. Weimar hat ihn nun erlebt.

Der große geschichtliche Tag hat in Berlin keinen Raum gefunden. Weimar hat ihn nun erlebt.

den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Segnern die ganze Last der Verantwortung zwischen Neugestaltung der Welt zuzuschieben.

den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Segnern die ganze Last der Verantwortung zwischen Neugestaltung der Welt zuzuschieben.

den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Segnern die ganze Last der Verantwortung zwischen Neugestaltung der Welt zuzuschieben.

den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Segnern die ganze Last der Verantwortung zwischen Neugestaltung der Welt zuzuschieben.

den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Segnern die ganze Last der Verantwortung zwischen Neugestaltung der Welt zuzuschieben.

den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Segnern die ganze Last der Verantwortung zwischen Neugestaltung der Welt zuzuschieben.

den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Segnern die ganze Last der Verantwortung zwischen Neugestaltung der Welt zuzuschieben.

den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Segnern die ganze Last der Verantwortung zwischen Neugestaltung der Welt zuzuschieben.

den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Segnern die ganze Last der Verantwortung zwischen Neugestaltung der Welt zuzuschieben.

den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Segnern die ganze Last der Verantwortung zwischen Neugestaltung der Welt zuzuschieben.

Belebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern. (Weisfall.) Auf der anderen Seite rufen wir die Arbeiterschaft auf, alle Kräfte zur Arbeit anzuspannen, die allein uns retten kann. (Zustimmung.) Wir haben Verständnis für die seelischen Stimmung derer, die, nach übermäßiger Kraftanstrengung in der Kriegszeit, jetzt eine Entspannung suchen; wir wissen, wie schwer es denen, die jahrelang im Felde gelebt haben, sein muß, sich wieder in die friedliche Arbeit hineinzufinden. Aber es muß sein. Wir müssen arbeiten und Werte schaffen, sonst gehen wir zugrunde. (Zustimmung.)

Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehat.

Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Widerspenstigkeit und Zerstörung. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Auch der alte Staat hätte es nicht vermeiden können, zur Deckung der ungeheuren Kriegsschulden die Staatswirtschaft weiter auszubauen. In der Zeit der allgemeinen Not darf es für Privatmonopole und mangelhaften Kapitalprofit keinen Raum geben. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Deshalb wollen wir planmäßig den Profit da ausschalten, wo die wirtschaftliche Entwicklung ein Gewerbe zur Bergesellschaftung reif gemacht hat. (Bravo links.)

Sorgenvoll blickt uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotz alledem auf die unermüdete Schaffenskraft der deutschen Nation. (Weisfall.) Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer gebrochen. Die preussische Hegemonie, das Hohenzollernsche Heer, die Politik der schimmernden Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich gemacht. Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wiedergeburt vollziehen.

Vom Imperialismus zum Idealismus

von der Weltmacht zur geistigen Größe. (Weisfall.) Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der Wilhelminischen Ära das klassikalische Wort, daß die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweggezogen seien. Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter wieder unser Leben erfüllen, es erfüllen mit dem Geiste, der im zweiten Teile des Faust und in Wilhelm Meisters Wanderjahre wiedergeboren ist: nicht ins Innenliche schneifen und sich nicht ins Theoretische verlieren, nicht zaudern und nicht schwanken, sondern mit klarem Will und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen, denn der Mensch, der zur schwankeuden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Uebel und leidet es weiter und weiter. Aber wer fest auf dem Sinn beharrt, der bildet die Welt sich. (Weisfall.) So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen: das Recht der deutschen Nation zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahren sozialen Geist und sozialistischer Art zu erfüllen. (Weisfall.) So wollen wir wahr machen, was Pflicht der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat:

Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenansehen trägt. (Lebhafter Weisfall und Hände klatschen bei der Mehrheit.)

Der Alterspräsident übernimmt den Vorsitz.

Hierauf nimmt Abg. Pfannkuch, Mitglied der Mehrheitssozialistischen Partei, den Präsidentensitz ein und teilt dem Hause mit, daß nach den bisherigen Feststellungen er als, am 28. November 1841 geborenen, das Älteste Mitglied der Versammlung und daher berufen ist, den Präsidentensitz bis zur erfolgten Konstituierung der Versammlung einzunehmen. Als Alterspräsident richtet er an die Versammlung folgende Ansprache:

Ich bekenne, die Uebernahme der Würde des Alterspräsidenten an meinem Lebensabend bereitet mir eine große Freude und Genugung. Dem deutschen Volkstaat, das Ideal, dem ich seit meiner frühesten Jugend mit aller Kraft und Hingabe gedient habe, sehe ich der Verwirklichung entgegenzueilen. Sie wollen deshalb in mir Ältesten nur den Vertreter des ewig jungen Gedankens der Volksfreiheit sehen, welche durch diese Nationalversammlung

in Deutschland zur Wirklichkeit geworden ist. Wir stehen an einer Schicksalschwelle des deutschen Volkes. Die alten Gewalten, die Deutschland vor dem Krieg regierten, stützten sich nicht auf den ausgesprochenen Willen der Volksmehrheit, sondern erhoben den Anspruch, aus eigenem Recht zu regieren, durch eine besondere göttliche Berufung.

Jetzt ist das deutsche Volk sein eigener Herr,

seine eigene oberste Gewalt geworden; es muß die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben, oder ob es wiederum unter die brutale Gewalt der Herrschaft einer Minderheit sich beugen muß. Diese Nationalversammlung ist der Ausdruck des Willens der deutschen Nation, sie allein hat von heute in Deutschland zu entscheiden, sie allein trägt die Verantwortung für Deutschlands Zukunft. Von der Durchsetzung der allgemeinen Anerkennung der Beschlüsse dieser Versammlung hängt es ab, ob das deutsche Volk in Zukunft sich selbst in Freiheit regieren wird.

Die Nationalversammlung ist die deutsche Demokratie selbst. Wer ihr die unumschränkte Gewalt zu schmälern sucht, der strebt an des deutschen Volkes Majestät und Freiheit. (Zustimmung.)

Wenn der Wille der großen Mehrheit des deutschen Volkes entscheidet, dann muß es diesem auch gelingen, sich in sozialer Hinsicht aus dem schweren Sturz, den es erlitten, wieder zu erheben, um sich einen ehrenvollen Platz im Bunde der freien Völker zu sichern. Ungeheuer groß ist die Aufgabe, das deutsche Volk aus allen diesen Nöten zu erretten. Sie, meine Damen und Herren, sind die Vertreter der deutschen Zukunft. Was Deutschland wahrhaft groß gemacht hat, war nie das Werk seiner Fürsten, sondern stets das Werk seines Volkes. (Weisfall und Widerspruch.) Davon zeugt die Entwicklung Weimars zur Kunststadt. Auch des Volkes politische Größe, die nur bestehen kann in vorbildlicher Freiheit und in

mühseligen sozialen Zuständen

konnte und kann nicht das Werk des Gottesgnadentums sein, das deutsche Volk muß sich seine Größe selbst erarbeiten. Dazu sind Sie berufen, und die ganze deutsche Nation innerhalb und außerhalb der alten Reichsgrenzen blickt erwartungsvoll auf diese Versammlung. Seien wir würdig unserer ungeheuren Aufgaben und tun wir alle unsere Pflicht mit der Liebe zum deutschen Volke und zur deutschen Freiheit, die unser aller Herzen und Köpfe erfüllt. Deutschland soll wieder groß werden in der Welt, nicht durch Gewalttaten in Kriegen, sondern durch die beweiende Gewalt des Friedens. Mögen Ihre Beratungen dazu beitragen, Deutschlands Selbstbestimmungsrecht nach innen und nach außen zu retten und zu bewahren. Lassen Sie sich in Ihren Beratungen und Beschlüssen stets leiten von dem Grundgesetz: Alles für das Volk und alles durch das Volk. Das ist der Segenswunsch, mit dem ich die Tagung der Nationalversammlung eröffne. (Weisfall.)

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen nun vor, die Geschäftsordnung des Reichstages einschließlich der in der Verfassung enthaltenen Bestimmungen der Geschäftsordnung als provisorische Geschäftsordnung anzunehmen unter Fortfall der Bestimmungen über die Abteilungen. Ein Widerspruch erfolgt nicht, mein Vorschlag ist angenommen. Nach § 1 der Geschäftsordnung ernenne ich zu provisorischen Schriftführern die Abg. Fischer-Berlin (Soz.), Dr. Neumann-Hofer (Dem.), Dr. Pfeiffer (Zentr.) und Kallwitz (Deutschn.). Ich bitte die genannten Herren, hier oben auf dem Präsidium Platz zu nehmen. — Nach § 9 der Geschäftsordnung haben wir nunmehr den Namensaufruf vorzunehmen, um die Anwesenheit der beschlußfähigen Anzahl von Mitgliedern der Nationalversammlung festzustellen. Ich bitte die Herren Schriftführer, diesen Namensaufruf vorzunehmen.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 807 Abgeordneten; die Mehrheit beträgt 211, die Nationalversammlung ist daher beschlußfähig.

Alterspräsident Pfannkuch benimmt die nächste Sitzung auf Freitag 8 Uhr am Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer. Schluß gegen 5 Uhr.

verklischen den Kranken die Pforten. Das Postamt gibt keine Briefmarken ab. Die Studiosi rufen drohend mit den Schlägern (zunächst auf dem Papier) — und die „Jungende Witwe“, die vom Bodenvermierten lebt, markiert als Welpen der Zukunft auf; denn die Stadt sinkt in dörrliche Urzustände zurück, wenn das Rot nicht schleunigst von den Rassen gleitet.

Ueber den Anstoß zum Flagen mag sich streiten lassen; den angewendeten Apparat der Gegendemonstration betrachtet wenigstens der mit Humor, dem noch vor kurzem die aller verschiedensten bunten Lächer über dem Haupte flatterten. Wir haben sie gleichmäßig ertragen und gestanden auch der Schwärzesten das Recht zu, in der Berliner Luft zu verbleiben. Demokratie bedeutet Toleranz und Vertrauen in den Geist des Volkes, der seine Kraft nicht um Neugierlichkeiten verausgabt.

Das rote Banner steht, und niemand darf ihm bestreiten, neben den anderen zu wehen. Aber es braucht nicht jedem Droschkensferde an dem Schweiß gebunden zu werden. Man soll redetes Maß auch damit halten. Es ist und bleibt Symbol: feierlicher Ausdruck der Idee; das ins Bild gehobene stumme Wort. Seine Anwendung darf nicht Alltagsgewohnheit, nicht stumpfer, gedankenloser Brauch werden. Er tödtet die Seele — wie jeder Brauch. Oder wollen wir jetzt bei jedem Schälgenfest und Rindfleisch rot flaggen wie ehemals schwarzweiß? Ja, danke.

Wo das Rot weht, soll sich etwas dabei denken lassen.

Der Sitz der deutschen Nationalversammlung.

Aus der stillen, keinen, durch eine ruhmvolle Ueberlieferung geadelten Stadt Weimar ist ein Forum geworden, auf das sich die Blide aller Deutschen richten. Und so wie die Residenzstadt Weimar mit einem Male der Brennpunkt großen Lebens wurde, so ist auch die Stätte, an der die Nationalversammlung tagt, das neue Weimarer Theater, in den weiten Horizont größter politischer Bedeutung gerückt.

Am die Wende des 20. Jahrhunderts, im Januar 1908, erhielt die Stadt an der Stelle des alten, 1825 erbauten Theaters, das längst zu klein, unzureichend und baufällig geworden war, ein deutliches Schauspielhaus großen Stils. Der 11. Januar des Jahres 1908 bedeutete für die Stadt, die nur mehr von Erinnerungen und Traditionen gelebt hatte, nach einem Menschenalter wieder einen großen denkwürdigen Tag. Und nun, ein Jahre später, knüpft sich an dieser Stätte, die zu anderen Aufgaben berufen war, ein Intermezzo von größter Bedeutung. In ruhiger, sicherer Größe steht der Bau da. Zweckmäßigkeit und Schönheit sind in seinen Linien vereint. Diese Ruhe und Sicherheit, diese zweckdienliche Schönheit mögen ein Symbol sein für die Werte, die hier zur Stärkung und Einigung des Reiches geschaffen werden sollen.

Der äußere Charakter des zur Pflege der weimariischen Tradition bestimmten Baues paßt sich der schlichten Würde des Stadtbildes an. Das Haus ist in einem durchaus vornehmen, vom

Die Unabhängigen gegen Einigung.

Unbelehrbar!

Die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, ob die Unabhängigen bereit seien, unter Ablehnung ihrer Trupptaktik nach den Grundgeden der parlamentarischen Demokratie an der Regierung mitzuwirken, ist von den Unabhängigen durch folgendes Schreiben ablehnend beantwortet worden:

„Auf Ihr Schreiben vom 5. Februar erwidern wir folgendes: Für die Fraktion der U. S. V. D. kommt der Eintritt in die Regierung solange nicht in Frage, bis die gegenwärtige Gewalt Herrschaft beibehält und bis die familiären Mitglieder der Regierung nicht nur das Bekenntnis ablegen, sondern auch den entlassenen Willen bezeugen, die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der Revolution gegen die Bourgeoisie und gegen die Militärarokratie sicher zu stellen.“

Die Fraktion der U. S. V. D. Fritz Geyer.“

Diese Sprache führen die Leute, die durch ihr unverantwortliches Treiben den bürgerlichen Parteien die Mehrheit verschafft haben, die nie ein Sterbenswörtlein gegen die wirkliche Gewalt Herrschaft der Spartakisten zu sagen wagten, die durch ihr Kollabieren mit der bolschewistischen Anarchie die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der Revolution gefährdeten und täglich neu gefährden.

Der Haß zeigt aufs neue, wie durch und durch unehrlich die sogenannte „Einigungspolitik“ der Unabhängigen ist. Die Einigung ist eine gute Sache, aber in ihrem Munde bleibt sie doch stets nur eine Verwirrungsphrase. Die Einigung ist nur möglich, wenn die unabhängige Verichungstaktik gegen die Sozialdemokratie aufhört — oder aber wenn kein Arbeiter mehr auf sie hereinfällt.

Sozialdemokratischer Antrag zugunsten der deutschen Kriegsgefangenen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag eingekracht:

„Die deutsche Nationalversammlung erhebt am Beginn ihrer Beratungen Protest gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen über den Abschluß des Waffenstillstandes hinaus, während die Gefangenen der Alliierten bis zum letzten Mann in die Heimat zurückgeführt sind. Sie ruft das Gewissen der Welt, sie ruft die Neutralen und alle menschlich Denkenden auf, sich mit ihr zu vereinen in der Forderung, den Gefangenen die Heimat, den Familien den Gatten und Vater zurückzugeben. Die jahrelang von den Angehörigen getrennt, mit Ungeduld der Erlösung aus der Gefangenschaft harren. Die deutsche Nationalversammlung sendet den Vätern jenseits der Grenze ihren dankbaren Gruß und die ernste Versicherung, daß sie nicht ruht, bis ihr Recht zur alsbaldigen Befreiung anerkannt ist.“

Die Lebensmittelbelieferung Deutschlands.

Kopenhagen, 6. Februar. Der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Ragnar Svensson, dem die Verteilung der amerikanischen Lebensmittel für die nordischen und baltischen Länder übertragen wurde, erklärte bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln den hiesigen Journalisten, Amerika könne Deutschland ohne Zustimmung der Entente keine Lebensmittel liefern. In Amerika habe man die Auffassung, daß die Lebensmittelnot in Deutschland zum Teil auf unangenehme Organisation der Verteilung der Lebensmittel zurückzuführen sei. Das Land sei nicht von Vorräten entblößt. Die Reichsregierung könne sich genügend Lebensmittel verschaffen, nur die ärmeren Bevölkerungsklassen müßten hungern. Diese Zustände müßten geändert werden. Daß Deutschland schließlich Lebensmittelzufuhren erhalten werde, sah Svensson für sicher an, da Amerika einlebe, daß Deutschland sonst vollständig dem Bolschewismus überliefert werde.

Geist der neuen Zeit beeinflussten Empirestil gehalten. Der Atem der Klassizität weht um diese Stätte, die gebiegen ist in ihrer Verarbeit, edel in ihrem Schmuck. Die Vorderfront mit den sechs dorischen Säulen des Hauptportals ist ein würdiger Hintergrund zu Reichsels Doppelkronen von Schiller und Goethe. Der Zuschauerraum, in blaßem Grün, Weiß und Gold gehalten, von einer kostbarierten Tede überdacht, mit den antik verzierten Rangbalkustraden, verleiht den Eintretenden in eine ruhige feierlich-heitere Stimmung. Den edelsten Schmuck erhielt der Saal durch die Wandreliefs, die sich in die freie Klassizität des Raumes aufs glücklichste einfügen. Ludwig v. Hoffmanns Tanzreigen, die alle Stimmungen, vom barockhaften der Dionysoszüge zum heilich-heitlichen der Grazien und von Tragischen der Erinnyen durchlaufen, und Salscha Schneiders schwebende Gestalten, die Leben, Liebe und Tod symbolisieren, ziehen in diesen Friesen am Auge vorbei. Meister Brütt und seine Schüler haben die weichen Blätter mit den Reliefporträts von Dichtern und Musikern geschmückt.

Vom National-Rezeptionsaal zur Nationalversammlung, fürwahr, es ist ein großer Schritt. Im Abganz von Erinnerungen tagt die Nationalversammlung. Möge die Erinnerung an sie dereinst ebenso leuchtend und mit dem geistigen Volksbewußtsein ebenso innig verknüpft sein.

Notizen.

— Musil. Der Berliner Ober-Gesang-Verein gibt am 20. Februar in der Philharmonie sein drittes Winterkonzert. — Ein Orgel- und Klavierabend von Adolf Schuch bringt am 10. Februar in der Singakademie Werke lebender Meister. — Am 10. Februar gelangt in der Philharmonie die IX. Sinfonie Beethoven's mit dem Philharmonischen Orchester und dem Rittschelchen Chor zur Aufführung.

— Die Freie Sezession hat folgenden Vorstand neu gewählt: Theo von Brockhausen (Vorsitzender), Georg Kolbe, Fritz Klimsch, Erich Dedel, Wilhelm Lehmann, Konrad von Kardorff, George Rossen, Max Peckstein, Hans Buermann. Eine Frühjahrsausstellung von Gemälden, Graphik und Plastik wird veranstaltet werden.

— Ein aktueller Film. Die Deutsche Lichtbildvertriebschaft hat soeben ein dreiteiliges Filmdrama, betitelt: „Fremde“ aus der Feder von Gertrud David vollendet, das höchst aktuelle Tagesvorzüge an der Hand des individuellen Erlebens einer Familie schildert.

— Das Wahlgesetz für die Nationalversammlung ist als erstes Vändchen einer Reihe von Taidendbüchern für die juristische Praxis mit Erläuterungen von Dr. D. Bismuth in Comad Hobert Verlag, Berlin, erschienen.

— Friedensdienst der Flugzeuge. Eine Abteilung englischer Militärflugzeuge ist zum Warentransport nach Belgien bestimmt worden, um der Bevölkerung zu helfen. Die Transporte beginnen sofort. Die Flugzeuge, die für die Mitnahme großer Lasten umgebaut sind, werden täglich mit Lebensmitteln und drinend notwendigen Rohstoffen von Kollerton nach Gent fliegen. Dies wird die erste regelmäßige Lufthandelsroute sein.

Das Rot.

Von Ernst Preysang.

Wohin denn eine schönere Farbe? Im Rot ist Feuer, Licht, Leben, Begeisterung. Es ist Blut und Sonne, ist Sieg, Lachen und Jauchzen.

Legt dem unbedorbenen, von keiner inneren Reflexion geübten Auge des Kindes farbige Dinge zum Spiel vor: es wird zuerst zum Rot greifen. Weil es die „auslassendste“ Farbe ist? Vielleicht auch, weil fröhliche Bejahung aus ihr glüht, wie im Kinde die restlose Bejahung des Daseins.

Wie höher nachtet das Schwarz, wie nichtsagend gibt sich das Weiß! Blau ist nicht übel, besonders am Himmel nach acht Regenwölkern, und das Grün schätzen wir besonders als hergebrachte Wald- und Wiesenfarbe.

Aber Rot ist der Trumpf, das Herz-KS.

Rot sind die Rosen, rot ist die Liebe.

Rot ist die Farbe des Blutes, des Willens, der Aktivität.

Darum läßt es als einzige unter den Farben eine so überaus reizbare Wirkung auf eine gewisse Gattung von Vierfüßlern aus: Angriff leuchtet auf dem Rot. Rot droht.

Aus dem gleichen Grunde empfindet sie auch wohl der Phylister als eine so unbehagliche Farbe. Rot erregt die Sinne, bringt das Denken in Bewegung, ist der Stein im Froschleib. Das rote Nieder eines Mädchens, die roten Sonntagstrümpfe einer Bauernbin, was haben sie schon für schreckliches Unheil angerichtet! Und nun gar rote Wangen, rote Lippen — Gott bewahre uns!

Doch alle diese Teufelsdinge sind Harmlosigkeit gegenüber der fürchterlichen Wirkung einer roten Fahne, eines purpurleuchtenden Banners.

Gewiß, wir Sozialisten hatten schon immer ein freundliches Auge dafür. Und als am 9. November die Automobile mit roten Strahlen durch die Straßen rasten und Frau Verolina sich in festliches Rot kleidete, sang in uns die herrlichste Feiertagsfreude. Weil du siegest, Wäldliches Rot! Siegest über die blinden Toren, die dich in den Schmutz getreten, dich bespinnen und beschimpft hatten, weil ihre Sperlingsseelen nie die Größe der Idee erfaßten!

Blut ist um manchen der Masse mit dem roten Banner gekossen. Der Haß der sterbenden Reaktion gelferte an ihnen empor. Tragödien sah das wehende rote Tuch.

Nun folgt ihnen an manchen Orten das Satirspiel. Der deutsche Phylister, einige Wochen vor Schred stumm, findet die Sprache wieder. Noch immer schmerzt ihm das Rot; er kann's nicht über dem Dache leben, wenn es nicht durch Schwarz und Weiß gemildert ist. Er erleichtert sein Gemüt — wie kürzlich in einer norddeutschen Univeritätsstadt — in riesigen Kreisblattinschriften; seine Empörung wird gigantisch-grotesk. Die Alma mater beschneit den Born ihrer Weisheit. Die Kergie werfen die Regepfeiler hin. Die Altklillen

Neuer Putschversuch in Hamburg.

Hamburg, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts.“) Am heutigen Nachmittag wurde das Rathaus von bewaffneten Zivilisten besetzt. Von der Wache waren nur drei Mann anwesend, die anderen nahmen an einer Versammlung im Gewerkschaftshaus teil. Die Wache war zu schwach, um Widerstand zu leisten und wurde entwaffnet. Was die Rathaus-Graberer eigentlich wollen, ist bisher unbekannt.

Vor neuen Ereignissen in Hamburg?

Hamburg, 6. Februar. Wie der „Telegraphen-Union“ mitgeteilt wird, deuten die Bewegungen der Hamburger Arbeiterschaft darauf hin, daß sich wahrscheinlich neue Ereignisse vorbereiten. Es wird der Versuch gemacht, die Arbeiter aller sozialistischen Richtungen zu bewaffnen. Weitere Einzelheiten sind darüber aber bis zur Stunde noch nicht zu erfahren. Hamburg ist von jeder Telefon- und Telegraphenverbindung mit Bremen und Bremerhaven abgeschnitten. Nach hier aus Kiel und Lübeck vorliegenden Nachrichten ist in beiden Orten die Ruhe wieder hergestellt.

Die Hamburger Sozialisten für Bremen.

Hamburg, 6. Februar. (Z. L.) Gestern abend fanden hier acht große Massenversammlungen der sozialistischen Parteien statt als Protest gegen die Entsendung der Werthenberg-Division nach Bremen. Es wurde folgende Resolution angenommen: Der Arbeiter- und Soldatenrat in Uebereinstimmung mit den hinzugezogenen Vertretern sämtlicher drei Parteirichtungen und der beiden sozialistischen Resolutionen sowie das Gewerkschaftsamt von Hamburg erkläre in der Entsendung der Division Werthenberg nach Bremen die Anwendung von Mitteln des alten militaristischen Systems. Durchdringung von der Ueberzeugung, daß damit die Revolution gefördert und die Errungenschaften der Revolution in Frage gestellt werden, erklären die Vertreter sämtlicher Organisationen einmütig, daß sie der Bremer Arbeiterschaft bei der Bekämpfung dieses militaristischen Systems jeden Beistand leisten.

Spartakus im Reiche.

Nach kleineren Kämpfen ist auch der Hafen von Bremen von den Regierungstruppen besetzt worden. Die Verluste der Dienstadtgenossen beziffert sich nach einer Meldung der Telegraphen-Union auf 20 Tote und 97 Verwundete. Die Bremerhavener Truppen, die zur Unterstützung der Bremer Spartakisten nach Bremen geschickt worden waren, erhoben den Vorwurf der Irreführung und beschloßen, künftig derartigen Anordnungen des Bremerhavener Soldatenrates keine Folge mehr zu leisten. Denselben Beschluß faßte auch der Arbeiterrat, auf dessen Veranlassung überall in Bremerhaven die Arbeit wieder aufgenommen wird. Wesel befindet sich vollständig in den Händen der Spartakisten. Ueber Oberhausen ist infolge von starken Klünderungen der Belagerungszustand verhängt worden. Die Erfurter Spartakisten weigern sich, Lebensmittel aus den von ihnen besetzten Depots an die Regierungstruppen zu liefern. Es wird eine Aktion der Regierungstruppen gegen Wesel erwartet. Der Bezirkarbeiterrat in Rerfeld und Halle beschloß, sobald Mitglieder der Regierung Ebert-Scheidemann ins neue Kabinett eintreten, den Generalstreik zu proklamieren und die Arbeiterschaft zu bewaffnen.

Der Generalstreik in Düsseldorf beendet.

Düsseldorf, 6. Februar. (Eigener Bericht des „Vorwärts.“) Die Arbeiter und Beamten der Post-, Eisenbahn-, Telegraphen- und städtischen Betriebe haben, nachdem erfolgversprechende Verhandlungen in die Wege geleitet sind, die Arbeit wieder aufgenommen. Die Verluste der Spartakisten, durch Streikbrechertruppen die Betriebe in Tätigkeit zu setzen, erlitten ein völliges Mißgeschick. Der einzige Erfolg ist, daß in verschiedenen Betrieben Reparaturen vorgenommen werden müssen. So mußten die Spartakisten klein beigeben.

Düsseldorf, 6. Februar. Zwischen dem Volksrat des Arbeiterrats und den Vertretern der vereinigten Beamten- und Berufsorganisationen sind Verhandlungen heute wieder aufgenommen worden. Auf Grund derselben ist der Generalstreik und die Aufforderung zur vorläufigen Zurückhaltung von Geldzahlungen und Steuern an die Stadtkasse aufgehoben worden. Die Bürgerchaft wird aufgefordert, ihre bisherige Tätigkeit sofort wieder aufzunehmen. Die Aufhebung des Generalstreiks erfolgte, nachdem der Volksrat zugesichert hatte, daß die Presse- und Versammlungsfreiheit gewährleistet wird und weitere Eingriffe in die persönliche Freiheit und das Eigentum der Einwohner nicht beabsichtigt sind. Der Volksrat erklärte weiter, daß die Wahlen zur Stadtverwaltung nicht durch seine Anhängerchaft gestört werden und daß die Interessen der Gesamtheit der Bürgerchaft auch bestehen können. Die vom Volksrat abgesetzten Beamten bleiben in ihren Ämtern. Die Forderungen der Polizei- und der Eisenbahnbediensteten sind vom Volksrat alsbald zu erfüllen.

Die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division teilt mit: Das bisherige Ergebnis der kriegsgerichtlichen Untersuchung in den Fällen Liebknecht und Rosa Luxemburg hat im allgemeinen die erste amtliche Mitteilung nicht widerlegt.

Im Falle Liebknecht ist festgestellt worden, daß es Mitglieder der Wilhelmsdorfer Bürgerwehr waren, welche die Festnahme durchgeföhrt haben, und daß nicht die Division die Veranlassung dazu gegeben hatte.

Die Ermittlungen haben ergeben, daß bei dem Transport Liebknechts zum Wagon ein Angehöriger des Regiments Jäger zu Pferde 2, namens Kunge, zwei Kolbenschläge mit dem Karabiner gegen Liebknecht geföhrt hat. Wegen Kunge ist inzwischen ein Haftbefehl erlassen worden.

Nach seiner Aushörung ist er, wie Zeugen bekunden, zu seiner Tat veranlaßt worden, weil er auf Liebknechts seine Entlassung aus der Arbeit zurückföhrt und ihn verantwortlich hält für die Opfer der letzten Unruhen.

Zu dem Vorgange im Freigarten bei der Ermordung Liebknechts hat die Untersuchung nichts wesentlich Neues ergeben.

Im Falle Rosa Luxemburg hat sich über das Verbrechen ihrer Person aus dem Wagon und ihr Verschwinden völlige Aufklärung noch nicht schaffen lassen. Die Leiche der Frau Luxemburg ist trotz sorgfältigen Nachforschens im Landwehrkanal nicht gefunden worden. Den Gerüchten, daß Frau Luxemburg noch lebend, wurde ebenfalls nachgegangen, ohne daß bisher diese Nachforschungen ein Ergebnis gezeigt hätten.

Auch Frau Luxemburg ist beim Verlassen des Hotels an der Ausgangstür von den gleichen Soldaten mit dem Karabiner auf den Kopf geschlagen worden; ein anderer Mann, ansehnend auch ein Soldat, hat ihr auf der Brust mehrere Faustschläge versetzt. Ueber den angeblich auf sie abgegebenen Schuß ist weiteres noch nicht ermittelt.

Reichskongress der Korpsräte.

Am Schluß der Vormittagsitzung wird folgender Beschluß angenommen:

Der Kongress beschließt die Bildung eines Reichs-Soldatenrats als automatische Fortsetzung der Organisation des Räte-Systems nach oben und höchster Instanz aller Soldatenräte. Er übt gemeinsam mit der Regierung die Kommando-gewalt aus; alle Verfügungen und Befehle erlangen erst durch seine Gegenzeichnung Gesetzeskraft.

In den Armeekorps entsendet ein jedes deutsches Armeekorps mit Einschluß der Flieger- und Luftschifferkorps, der Marine und Ostfront, ein Mitglied. Von dem Reichs-Soldatenrat bleibt eine neungliedrige Kommission ständig in Berlin. Alle zehn Tage tritt der Armeerat zu einer Konferenz mit der Regierung zusammen. Finanzierung und Einrichtung dieses Rates wird vom Kriegsministerium durchgeföhrt.

Nach Wiedereintritt in die Verhandlung werden nach lebhafter Diskussion sämtliche Punkte des Kommissionsbeschlusses angenommen. — Die Mitglieder des Reichs-Soldatenrats werden von den Korps gewählt. Bis Eintreffen der gewählten Mitglieder und Zusammentritt des Armeerats werden die Geschäfte vorläufig von einer Kommission unter Vorsitz des Kameraden Stoll (Gardekorps) geföhrt.

Berner hat der Reichs-Soldatenrat in enger Fühlung mit dem Soldatenrat des Kriegsministeriums zu arbeiten.

In Fortföhung der Tagesordnung spricht nunmehr Ewers (S. A. A.) über die

Vorgänge in Bremen.

Die Unabhängigen in Bremen waren zu Verhandlungen bereit. Auf Einwießen der Vertreter des 9. Armeekorps wollten sie die Posten an das 9. Armeekorps zurückgeben sowie zur Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrats schreiten. In Bremen herrschte absolute Ruhe, bis die Division Werthenberg auf dem Plan erschien. Mit dem erwähnten Entgegenkommen der Bremer Arbeiterschaft war die Division Werthenberg einverstanden. Dies erklärte auch Leutnant Prietzel als Vertreter dieser Division in einer Verhandlung mit der Regierung. Ebert und Scheidemann waren ebenfalls zu Verhandlungen bereit, aber Kasse hat mit der Faust auf den Tisch geschlagen und gesagt: Wir ziehen in Bremen ein. Wir vom 9. Armeekorps haben uns bedrogen. Ist doch mit unsren sozialistischen Brüdern (in Bremen sind keine Spartakisten) erklärt. Wenn Kasse auch in Hamburg einzeln will, so werden wir, die wir mehr als hunderttausend alte Soldaten zurückbehalten haben, der weißen Garde den Weg schon zeigen. (Beifall der Weissen.)

Der Vorsitzende verliest hierauf eine Erklärung des Volksrats, aus der hervorgeht, daß die Verhandlungen mit der Regierung, nach welcher die Verhandlungen von irreführenden Unruhen in Höheberg unwahr und bewirkte Mache sind. Doebbeke (20. Armeekorps) stimmt für Abreise zu.

Nunmehr erhält Weitel (6. Armeekorps) das Wort zum letzten Punkt der Tagesordnung: Grenzschutz im Osten: Die polnische Bewegung ist nicht der Kampf des polnischen Volkes, sondern der polnischen Aristokraten. Der Grenzschutz muß sein. Er soll aber aus älteren Leuten bestehen. Wir müssen die Gewähr haben, daß diese Truppen nicht für reaktionäre Zwecke verwendet werden. Weiter wird folgende

Antwort an Weimar

Die Verordnung vom 10. 1. 1919 betreffend die Kommando-gewalt im Heere ist auf rechtungswürdiger und revolutionärsverfassungswidriger Grundlage erlassen worden (s. Reichskongress der A. u. S. Räte). Die Anwendung der erlassenen Verordnung muß daher abgelehnt werden.

Die Delegation des 8. Armeekorps verläßt hierauf unter Protest den Saal, da sich der Kongress außerhalb des Gesetzes gestellt habe.

Zum Schluß der Tagung berichtet sich (Ostfront) über die Vorgänge im Baltikum. Der Soldatenrat habe sich wiederholt bemüht, Versöhnung mit den Bolschewiki zu erzielen, sei aber sehr durch ungeschickte Maßnahmen der Regierung und des General-Gouverneurs behindert worden. Trotzdem ist jetzt infolge des Entgegenkommens der russischen Regierung die Heimbeförderung des 1. Armeekorps geföhrt.

Hierauf wird folgende Resolution angenommen:

Der Kongress der Zentral-Soldatenräte aller Armeekorps erkennt die Notwendigkeit, den deutschen Osten gegen fremdnationale Angriffe zu schützen, an. Den aus den Armeekorps zu entsendenden freiwilligen-Formationen muß gewährleistet werden, daß sie die selbstgewählten Führer und Soldatenräte behalten und ihrer festgelegten Verwendung unbedingt direkt zugeführt werden.

Die Werbung und Zusammenstellung der Formationen erfolgt gemeinsam nur durch das betreffende Generalkommando und den Korps-Soldatenrat. Werbungen durch andere Elemente sind nicht zu dulden.

Nachdem noch Kirchhöfer (Zentralrat der Marine) zu den Ausführungen Weitel und sich Stellung genommen hatte, schloß der Vorsitzende Stoll den Kongress mit einem Hoch auf den sozialistischen Gedanken in der Armee.

Zur Reichskonferenz der Korps-Soldatenräte. Die von „P. V. R.“ aus Weimar gebracht wird, ist die Behauptung der Vertreter des 9. Korps auf der Reichsversammlung der Korps-Soldatenräte, daß Ebert und Scheidemann mit Bremen verhandeln wollten, aber durch das Kriegsministerium daran verhindert wurden, absolut unwahr. Alle Entscheidungen über Bremen hat das politische Kabinett geföhrt, demnach also einstimmig. Das Militär war lediglich ausführende Gewalt.

Verhandlungen mit den Polen.

In Berlin waren zu Verhandlungen mit der preussischen Reichsregierung fünf polnische Führer. Auf polnischer Seite nahmen an den Verhandlungen teil: Korjant, Adamski, Kraszewski, Reisker u. a. Diese Verhandlungen sind unterbrochen worden, haben aber zu einem gewissen Abschluß geföhrt. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen ist wahrscheinlich. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wird voraussichtlich in allerhöchster Zeit eine amtliche Mitteilung erfolgen, nachdem die zuerst in Weimar weilenden Leiter der preussischen und Reichsregierung über die ihnen heute zugegangenen Materialien schlüssig geworden sind.

Sowjetrußland kommt nach den Prinzeninseln.

Paris, 6. Februar. (Drahtmeldung.) Tschischewin hat gestern durch Funkpruch offiziell die Bereitschaft der Sowjetregierung erklärt, der Einladung der alliierten Mächte zu den Verhandlungen auf den Prinzeninseln Folge zu leisten.

Ausbreitung des Londoner Streiks.

London, 6. Februar. Der Streik in London greift auf die Eisenbahn über. Am frühen Morgen konnten die Züge der Londoner Südwestbahn nicht vom Waterloo-Station nach den Vororten abfahren, da die Lokomotivführer ausgeblieben waren. Auch der Güterverkehr streikt.

Die Konferenz für internationale Arbeitergesetzgebung trat am Dienstag nachmittag in Paris unter dem Vorsitz von Comper zusammen und beschloß, in der Woche viermal zu tagen.

Ein Organ der Unabhängigen in Frankfurt. Unter dem Namen „Vollstreck“ haben die unabhängigen Sozialdemokraten Süddeutschlands ein eigenes Organ gegründet, das vorläufig wöchentlich einmal erscheint.

Stadtverordnetenversammlung.

Zur Gaspreiserhöhung findet Stadt. Sitzung (N. S.) den Zeitpunkt außerordentlich ungünstig gewählt. — Stadt. Räte (Soz.): Auch wir halten die Erhöhung in der gegenwärtigen Zeit nicht für angebracht, um so mehr, als auch in den Kreisen des Ausschusses eine Auffassung vertreten ist, erst mit dem neuen Etatsjahr die Erhöhung eintreten zu lassen. — Stadtrat Wahl: Berlin sei mit 30 Bfg. pro cbm immer noch hinter den Vororten mit 34 Bfg. zurück. — Stadt. Kommissen: Die Werke müssen doch ihre Unkosten decken. Mit dem neuen Etatsjahr werden wir zu einer noch weiteren Erhöhung kommen müssen.

Kammerer Vah: Das Interesse der Arbeiter erfordert ja, daß die Werke zur Deckung der gesamten Finanzen beitragen. Die Steuern müßten sonst im kommenden Jahre ganz außerordentlich erhöht werden.

Die Magistratsvorlage wird angenommen. Die Einziehung des Rotgeldes — insgesamt 100 Millionen M. in Stadtlohnscheinchen zu 20, 5 und 4 M. wird wegen Fortdauer der Knappheit an Geldscheinchen bis zum 1. April 1919 hinausgeschoben.

Die 6000 Berufsvormundschaften und Pflegschaften des V. Pfeiffer und seines Kinderrettungsvereins sollen vom 1. April ab von der Stadt auf das Jugendamt bzw. auf das Vormundschaftsamt übernommen werden; der Verein soll einen einmaligen Zuschuß von 25 000 M. zu seinen Verwaltungskosten erhalten. — In der Aussprache verweist Stadtrat Sassenbach auf eine bald zu erwartende grundsätzliche Regelung. Es wird beschloßen, in einer gemischten Deputation zu beraten, in welcher Weise die Einlangung zustande gebracht werden kann. Die Vorlage wird angenommen.

Der Noth-Erlaß über den Waffengebrauch.

Ein Antrag Varenthin (N. S.) will den Magistrat ersuchen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Aufhebung des die Sicherheit der Berliner Bevölkerung schwer gefährdenden kassischen Schießerbefehls herbeizuföhren.

Stadt. Rosenfeld (N. S.): Der Erlaß enthält mehrere Punkte, nach denen ohne Zustimmung der Zivilbehörden geschossen werden darf. Wir ersuchen den Magistrat, bei den Behörden auf die Aufhebung dieses die Sicherheit der Bevölkerung gefährdenden Erlasses hinzuwirken.

Stadt. Kommissen beantragt, den Magistrat zu ersuchen, schleunigst die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das unberechtigte Waffentragen in der Stadt Berlin und die dadurch hervorgerufene Gefährdung der Öffentlichkeit zu beseitigen.

Stadt. Koblenzer (Soz.): Ein Vergleich mit dem Noth-Erlaß ist nicht zulässig. Tomals war es ein rigoroses Verbot der Polizei, gegen das wir uns mit Recht gewendet haben. Heute aber fehlt allgemein die Sicherheit. Die Sozialdemokratie wendet sich

gegen jede Diktatur

von oben, aber auch von unten. Wegen eine solche wendet sich mit Recht der Erlaß. Rigorose Behandlung und unendliche Gemüts-Heilung nicht angewendet werden, aber wenn man jeden Augenblick damit rechnen muß, daß öffentliche Gebäude besetzt, Telefonleitungen zerschnitten und es der Regierung unmöglich gemacht wird, irgendwelche Anordnungen zu treffen, dann wird man diesen Schießerbefehl, den wir zu anderen Zeiten wahrhaftig nicht billigen würden, doch mit ganz anderen Augen ansehen müssen. Die Regierung ist schon völlig von allem Ruhenverleht abgeschnitten gewesen; das muß in Zukunft verhindert werden. Niemals hatten wir die Absicht, eine Diktatur von unten einzuföhren, die ebenso schlimm und verderblich wäre wie die, die wir von oben erlebt haben. Das Schlimmste ist, daß Sozialdemokraten nichts weiter zu tun haben, als sich gegenseitig Anipfel zwischen die Peine zu werfen und die sozialdemokratische Regierung zu diskreditieren. Sie (zu den N. S. gewendet) tragen

ein gerüttelt Maß von Schuld

baran. Es wären ungezählte Beispiele eines unerhörten Terrorismus anzuföhren. Es ist das erstmal, daß Sozialdemokraten in einer solchen Frage in diesem Saale auseinanderzugehen gezwungen sind. Will die Regierung nicht alles preisgeben, so muß sie so vorgehen. Wäre sie schneller vorgegangen, so hätten sich die Zustände nicht so auswachsen können. Die Bögerrung erklärt sich aber aus ihrer Lage.

Stadt. Sonnenfeld (N. S.): Eine noch größere Langmut des Militärs war unmöglich. Die U. S. wollen Wahlpolitik treiben. Ihr Antrag bedeutet einen Versuch, Berlin wehrlos zu machen und die unbefugten Waffenträger zu härten. Nicht den Schießerbefehl, sondern seine Umkehrung müssen wir beschließen.

Oberbürgermeister Wermuth: Die Regierung hat uns den Vorschlag gegeben, daß der Erlaß keine Bedrohung des ruhigen Lalles der Berliner Bevölkerung darstellt, sondern nur die

schwer gefährdete Bürgerheit wiederhergestellt

werden soll. Es ist ein Irrtum, daß bisher nur auf Requisition der Zivilbehörden hätte geschossen werden dürfen. Der Erlaß hat nur die Bedeutung einer Mahnung an die Bevölkerung an der Hand der bestehenden Vorschriften.

Stadt. Gassel: Der Kanal der Unruhe, das unerlaubte Waffentragen, muß verstopft werden.

Stadt. Rosenfeld (Schlußwort): Es hat sich eine Einheit von Nobler bis Sonnenfeld ergeben, eine einzige reaktionäre Masse. (Heiterkeit und Hohnschrei: Eine Vereinigung der Vernunft gegen den Kaba!) Stadt. Hoffmann: Haben Sie doch nicht von Dingen, die Sie nicht kennen. (Große Heiterkeit.) Dies ist ein Erlaß wie die des alten Regimes und kennzeichnet unsere Regierung.

In der nun folgenden namentlichen Abstimmung wird der Antrag Kommissen mit 75 gegen 10 Stimmen angenommen, damit ist der Antrag Varenthin erledigt.

Rückgabe der Schulen.

Ein dringlicher Antrag Anauer will die für Demobilisierungszwecke zur Verfügung gestellten Schulen ihrem eigentlichen Zweck wieder zurückgeben. Stadtschulrat Fischer verspricht sich von der Flucht in die Öffentlichkeit einen besseren Erfolg als bisher.

Stadt. Gassel: Den Anforderungen kann überhaupt nicht mehr genügt werden. Die Kinder werden durch die Klassen geschoben. Es ist Sache des Kultusministeriums, alles daran zu setzen, den Widerstand des Kriegsministeriums zu besiegen.

Stadt. Mangel (Fr. Fr.) befragt die Demobilisierung der Schulen durch das Militär.

Stadt. Trubns (Soz.): Die Erziehung und der Unterricht bei den Kindern kann nicht durchgeföhrt werden. Magistrat und Stadtverwaltung müssen jede Verantwortung ablehnen, wenn diese Aufgabe nicht geändert werden. Bei den zuständigen Behörden muß energisch auf Wänderung gedrungen werden. Wir sind nicht verantwortlich, wenn die Jugend immer mehr verwaist ist. Wir brauchen in Berlin mehr als in jeder anderen Stadt die Schule als Erziehungsmittel. Ich ersuche den Magistrat, auf energische Mäßigkeit zu bringen.

Stadt. Jabel (N. S.) macht den Vorschlag, die Reinigung der Schulen hinsichtlich der Straßeneinigungsarbeiten zu übertragen.

Der Antrag Anauer wird angenommen. Schluß 10 Uhr.

14 000 Mark in 50-Mark-Scheinen ...

Die Kassen der ...

Ausstellungen ...

Berliner Lebensmittel.

Wästel ...

Kandidatenaussstellung in Charlottenburg.

Am Mittwoch fand im ...

Die Kandidaten ...

Einstimmig wurde eine ...

Charlottenburg. Die ...

Berliner Verband für ...

Groß-Berliner Lebensmittel.

Freibücherei. Verteilung ...

Krautkäse. ...

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sonntag, den 9. Februar ...

Gemeindevahlversammlungen.

11. Abteilung (Südost) ...

Opernhaus Salome.

Schauspielhaus Ein halber Held.

Volksbühne

Kammerspiele

Königgrätzerstraße

Komödienhaus

Berliner Theater

Intimes Theater

METROPOL

Kabarett

Albe Holk

Elli Gläbner

Otto Röhr

Rob. Steidel

Gygyi-Konzerte

Leaning-Theater

Deutsches Künstler-Theater

Friano-Theater

Der gute Ruf

Residenz-Theater

Das höhere Leben

Theater der Friedrichstadt

Drei tolle Tage

Walhalla-Theater

Rose-Theater

Luisen-Theater

Casino-Theater

Reichshall-Theater

Stettiner Sänger

Braune's Diele

7 Uhr

Gräfe Tischler

Im Kasino Tanz

Vorzügliche Küche

Theater für Freitag

Central-Theater

Deutsches Opernhaus

Kleines Theater

Metropol-Theater

Palast-Theater

NATIONAL-THEATER

Prinzenliebe

Berliner Konzerthaus

Doppel-Konzert

Orient

Konzert-Café-Kabarett

Unterhaltungs-Restaurant

Wien-Berlin

Harry Schubert

Gefang-Humor-Stimmung

Alexander-Lichtspiele

Söhne des Volks

Größtes Revolutions-Schauspiel

Komische Oper

Neues Operettenhaus

Ballen Charrel

Thalia-Theater

3 alte Schachteln

Theater des Westens

Wallner-Theater

Geisha

APOLLO

Abdankung

Maharadscha

Viggo Larsen

10 arab. Springer

Admiralspaß

Prinzessin von Tragkas

Admirals-Kino

„Colombo“

Erna Morena

Erna Morena

Mutter Erde

MIA MAY

REICHS-DIELE

Central-Park

Winter-Garten

Busch

MARMORHAUS

OPIMUM

Laurentzien-PALAS

Bruno Kastner

Ausstellungs-halle „ZOO“

Platinabälle

